

## „Verhältnis entspannt“

SPD umwirbt Vertriebene – Dekrete müssen weg

**München** – Die Bayern-SPD sucht die Nähe zu den Heimatvertriebenen. Das Verhältnis zu den Vertriebenenorganisationen habe sich „deutlich entspannt“, sagte Landtagsfraktionschef Franz Maget bei einer Podiumsdiskussion im Sudetendeutschen Haus. Nicht zuletzt habe SPD-Ministerpräsident Hoegner nach dem Krieg den Begriff des „4. Stamms“ geprägt.

Maget erklärte unter Beifall, Vertreibung, „egal wo, ist ein Verstoß gegen Menschenrechte“. Er forderte von der tschechischen Seite, die eigene Geschichte kritischer zu beurteilen. Er betonte aber, es gebe eine „historische Verantwortung, dass Deutschland und Tschechien eine Freundschaft aufbauen“.

Seit 1954 hat die (CSU-) Staatsregierung die Schirm-

herrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe, nahm ab 2003 aber bei der Finanzierung der Vertriebenenarbeit deutliche Einschnitte vor. Man werde die Arbeit weiter unterstützen, sicherte die Landtagsabgeordnete Christa Matschl (CSU) zu. Auch sie trat für Aussöhnung ein, forderte aber von den Nachbarländern eine „moralische Wiedergutmachung für die Vertreibung“. Konsens auf dem Podium: Dialog ist die Lösung. Aber: Die tschechischen Benes-Dekrete, die Enteignung und Vertreibung legitimieren, müssen weg.

Die FDP-Landtagskandidatin Julika Sandt sprach sich für mehr Geschichtsunterricht und den Einsatz von Zeitzeugen aus, damit „dieses unermessliche Unrecht nicht in Vergessenheit gerät“. cd